

Koalition kann nicht mit Geld umgehen

Jan Almstedt – Quelle: www.spd.de - 7. Juni 2011

Schwarz-Gelb wollte sparen: rund 82 Milliarden Euro bis 2014. Denn die Staatsverschuldung nähert sich der Marke von zwei Billionen (2.000 Milliarden). Der SPD-Haushaltsexperte Carsten Schneider hat sich die Planungen des Finanzministers genauer angesehen und festgestellt: Das Ziel wird wohl um fast 30 Milliarden Euro verfehlt.

Das vor einem Jahr von der schwarz-gelben Koalition geschnürte Sparpaket wird das angestrebte Volumen deutlich verfehlen. Statt der ursprünglich geplanten rund 82 Milliarden Euro würden bis zum Jahr 2014 lediglich knapp 55 Milliarden Euro erreicht, kritisierte der Haushaltsexperte in der SPD-Fraktion, Carsten Schneider. Selbst dieses verringerte Volumen berge Risiken. „Das Sparpaket der Bundesregierung ist eine Ansammlung von Luftbuchungen und Fehlplanungen“, sagte Schneider am Dienstag der Nachrichtenagentur dpa in Berlin.

Die Verantwortung für die Fehlplanungen trage Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU). „Er hat teilweise unrealistische Sparbeiträge unterstellt oder konnte sich bei der Umsetzung des Sparpaketes nicht durchsetzen.“ Die „Wunschkoalition“ habe eindrucksvoll die Behauptung widerlegt, sie bestehe aus geborenen Regierungsparteien und könne besser mit Geld umgehen.

Union und FDP hatten sich am 7. Juni 2010 auf das größte Sparpaket in der bundesdeutschen Geschichte verständigt. Bis 2014 sollte der Bundeshaushalt nach den ursprünglichen Plänen um mehr als 81 Milliarden Euro entlastet werden - über Einsparungen und neue Abgaben. Die größten Einschnitte wurden bei Sozialleistungen vereinbart, aber auch die Wirtschaft und der Bund mussten sich auf Milliardenlasten einstellen. Inzwischen sind zahlreiche Posten aber korrigiert und auch Lasten der Unternehmen verringert worden.

So dürfte die Brennelementesteuer nach dem beschlossenen Ausstieg aus der Atomkraft statt 2,3 Milliarden nur noch 1,3 Milliarden Euro im Jahr bringen. Für 2011 erwartet die SPD sogar nur Einnahmen aus der Atomsteuer von 300 Millionen und für 2012 rund 800 Millionen Euro. Bisher ist noch kein Cent geflossen.

Die ab 2012 geplanten Einnahmen von jährlich zwei Milliarden Euro aus einer neuen Finanzmarktabgabe verzögern sich oder sind gänzlich offen. Auch die Einnahmen aus der neuen Luftverkehrssteuer fließen bisher sehr spärlich. Erhofft wird hier jährlich eine Milliarde.

Schneider verwies darauf, dass auch die Bundesagentur für Arbeit (BA) die geplanten Einsparungen über den Ersatz von Pflicht- durch Ermessensleistungen

erheblich bezweifele. Sie sollten von zwei Milliarden Euro in diesem Jahr auf jeweils fünf Milliarden Euro im Jahr 2013 und 2014 steigen. Eine „Luftbuchung“ nannte Schneider zudem die geplanten Milliarden-Einsparungen durch eine Reform der Bundeswehr. Die Einsparvorgaben seien nur als rechnerische Größe genannt worden, um die Schuldenbremse einhalten zu können.

Die derzeit sprudelnden Steuereinnahmen werden Schneider zufolge Schäuble nicht helfen, die strukturelle Unterfinanzierung des Haushalts zu beheben. Diese Mehreinnahmen könnten nicht zum Stopfen des um Einmal- und Konjunkturreffekte bereinigten Strukturdefizits verwendet werden. Dies gelte auch für Steuersenkungen.